

**Der VCD fordert:  
Die Finanzierung des Umweltverbundes muss sichergestellt  
werden!**

Der VCD Landesverband Baden-Württemberg e.V. fordert Bund und Land auf, für eine ausreichende und verlässliche Finanzierung des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Radverkehr und Fußverkehr) zu sorgen.

Der G7-Gipfel in Elmau hat sich klar zum Klimaschutz und einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bekannt. Zur Umsetzung einer „Weg-vom-Öl“-Strategie im Verkehrsbereich ist die Stärkung des Umweltverbundes unerlässlich.

**Tatsächlich sind jedoch die zukünftige Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs sowie die Finanzierung zukünftiger Investitionen in den ÖPNV völlig ungeklärt**, da die Höhe der vom Bund bereitzustellenden Regionalisierungsmittel für die Länder als auch die Fortsetzung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) über 2019 hinaus derzeit völlig offen ist.

Mit großer Sorge beobachtet der VCD Baden-Württemberg e.V., dass für den Straßenbau weitere Mittel auf Bundes- und Landesebene zur Verfügung gestellt werden sollen, während für den umweltfreundlichen ÖPNV seit Jahren die Zuschüsse gedeckelt sind und deshalb die Fahrpreise stärker als die Inflation steigen.

**Der VCD unterstützt die verkehrspolitischen Ziele der Landesregierung als wesentlichen Beitrag für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrsbereich. Zur Ermöglichung der angestrebten Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2025 bei gleichzeitiger Verdoppelung des Radverkehrsanteils müssen jedoch**

- 1) die Regionalisierungsmittel des Bundes deutlich angehoben und dynamisiert werden,*
- 2) das GVFG über 2019 hinaus mit erhöhten Mitteln fortgeführt werden,*
- 3) die Landesmittel für den ÖPNV (bisherige §45a-Mittel) deutlich erhöht werden,*
- 4) die Landesmittel für den Radverkehr auf hohem Niveau fortgeführt werden,*
- 5) auch für die Förderung des Fußgängerverkehrs signifikante Mittel vorgesehen werden.*